

**Veranstalter:** Zentrum gegen Vertreibungen  
(<http://www.z-g-v.de>)

**Datum, Ort:** 10.08.2006–29.10.2006, Berlin

Klotz, Katharina; Doris Müller-Toovey; Wilfried Rogasch: *Erzwungene Wege. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts, hg. vom Zentrum gegen Vertreibungen*. o.O.: 10.08.2006–29.10.2006. ISBN: 3-00-019838-5; 160 S.

**Rezensiert von:** Matthias Stickler, Institut für Geschichte, Universität Würzburg

Als Erika Steinbach, die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV), am 10. August 2006 die Ausstellung „Erzwungene Wege. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“ eröffnen konnte, hatte sie einen dornigen Weg hinter sich gebracht. Für den BdV war das bereits 1999 erstmals der Öffentlichkeit vorgestellte Projekt<sup>1</sup> auch und vor allem ein Versuch gewesen, den Verband aus dem politischen und gesellschaftlichen Abseits herauszumanövrieren, in das dieser durch seinen heftigen Widerstand gegen die Neue Ostpolitik seit den späten 1960er-Jahren geraten war. Steinbach gelang es nun, das Thema „Flucht und Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts“ in Deutschland öffentlichkeitswirksam zu besetzen und so den BdV auf ein neues Betätigungsfeld zu verweisen, das von der früheren Fokussierung des Verbandshandelns auf Grenzfragen wegführte.

Begünstigt wurde diese programmatische Neuausrichtung durch die Folgen des kriegsrischen Zerfalls des früheren Jugoslawiens: Bevölkerungsverschiebungen, „ethnische Säuberungen“ und die Ankunft Tausender von Vertriebenen in den Staaten Mittel- und Westeuropas schufen dort die Voraussetzungen dafür, dass „Flucht und Vertreibung“ eine neue Aktualität erhielten und zunehmend öffentliches Interesse fanden. Dies zeigte sich nicht zuletzt auch am großen Erfolg der 2002 erschienenen Novelle „Im Krebsgang“ von Günter Grass, in welcher der aus Danzig stammende Literaturnobelpreisträger, der bekanntlich den Vertriebenenverbänden sehr kritisch gegenübersteht, das Leid der Flüchtlinge aus Ostpreußen am Ende des

Zweiten Weltkriegs literarisch aufgriff.

Sah es anfangs noch so aus, als könne das „Zentrum gegen Vertreibungen“ gleichsam als national- und parteiübergreifendes, hauptsächlich von Bund und Ländern finanziertes Projekt unter maßgeblicher Beteiligung des BdV verwirklicht werden, so bedeutete die im Jahr 2000 ausgesprochene offizielle Ablehnung der Mitarbeit durch Bundeskanzler Gerhard Schröder – nach zunächst zustimmenden Signalen aus der rot-grünen Regierung – einen ersten herben Rückschlag für die Initiatoren. Vor allem zwei Umstände verschlechterten deren Position weiter: erstens die Tatsache, dass das Projekt zunehmend in den Wahlkampf für die Bundestagswahlen 2002 hineingezogen wurde, was auf Seiten der Bundesregierung zu einer weiteren Verhärtung von deren ablehnender Position führte (obwohl mit Peter Glotz ein prominenter Sozialdemokrat dem Vorstand der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ angehörte); zweitens der Umstand, dass der BdV selbst offene Flanken bot, da es ihm anfangs nicht gelang, sich glaubwürdig von der im Dezember 2000 gegründeten privaten Organisation „Preußische Treuhand GmbH & Co. KG a.A.“ zu distanzieren, die gegenüber Polen Entschädigungsleistungen für die materiellen Verluste der Vertriebenen einklagen will.

Das Wirken der „Preußischen Treuhand“ trug auch maßgeblich dazu bei, dass das Projekt „Zentrum gegen Vertreibungen“ in den östlichen Nachbarländern Deutschlands immer mehr auf Ablehnung stieß.<sup>2</sup> Besonders in Polen gab es massive Proteste, entstand doch in weiten Kreisen der Eindruck, dass es sich bei „Preußischer Treuhand“ und „Zentrum gegen Vertreibungen“ um zwei Seiten der gleichen Medaille handele und der BdV das Ziel verfolge, „die Geschichte umzuschreiben“, d.h. deutsches Leid gegen die deutschen Verbrechen während des Zweiten Weltkriegs

<sup>1</sup> Zur Vorgeschichte vgl. die umfassende Dokumentation bei „Zeitgeschichte-online“: Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung, Materialien zur Debatte um das „Zentrum gegen Vertreibungen“ (<http://www.zeitgeschichte-online.de/md=Vertreibung-Inhalt>).

<sup>2</sup> Vgl. hierzu v.a. Piskorski, Jan M., *Vertreibung und deutsch-polnische Geschichte. Eine Streitschrift*, Osnaabrück 2005 (polnische Original-Ausgabe: *Polacy i Niemcy. Czy przeszłość musi być przeszkodą?* Wydawnictwo Poznańskie, Poznań 2004).

---

aufzurechnen und so die alten „revanchistischen“ Ziele mit neuen Mitteln zu verfolgen.

So geriet der BdV in der Öffentlichkeit immer mehr in die Defensive, obgleich es ihm gelang, für den wissenschaftlichen Beirat der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ eine große Zahl renommierter Wissenschaftler zu gewinnen – darunter etwa Jörg Baberowski (Berlin), Arnulf Baring (Berlin), Lothar Gall (Frankfurt am Main), Rudolf Kučera (Prag), Horst Möller (München), Julius Schoeps (Potsdam), Krisztian Ungvary (Budapest) und Michael Wolffsohn (München). Trotz des öffentlichen Gegenwinds war das Anliegen der Stiftung in der Öffentlichkeit so präsent, dass sich die Regierung Schröder offenbar genötigt sah, Alternativen zu präsentieren. Dem diene zum einen die Gründung eines „Europäischen Netzwerks Erinnerung und Solidarität“ unter Beteiligung Polens, Ungarns und der Slowakei (allerdings nicht Tschechiens, das alle derartigen Initiativen bisher ablehnt) im Februar 2005. Im Namen des Netzwerks fehlt bezeichnenderweise der Hinweis auf das Vertreibungsgeschehen, und der BdV ist nicht beteiligt.

Zum anderen konzipierte das Bonner Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eine Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“, die am 2. Dezember 2005 in der früheren Bundeshauptstadt in Gegenwart von Bundespräsident Horst Köhler und des polnischen Botschafters eröffnet wurde.<sup>3</sup> Diese Ausstellung fand eine nicht für möglich gehaltene positive Resonanz sowohl bei den Besuchern als auch bei der großen Mehrheit der kritischen Beobachter im In- und Ausland – gerade auch in Polen. Offenbar war die Zeit reif für eine differenzierte Auseinandersetzung mit Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert. Vor allem an diesem gelungenen Unternehmen musste sich die unter alleiniger Trägerschaft des „Zentrums gegen Vertreibungen“ entstandene Ausstellung „Erzwungene Wege“ messen lassen. Da „Flucht, Vertreibung, Integration“ bis Ende August 2006 im Deutschen Historischen Museum gezeigt wurde, also direkt gegenüber dem Kronprinzenpalais, war ein Vergleich für alle Interessierten leicht möglich.

Wie präsentiert sich die Ausstellung „Erzwungene Wege“ nun dem Besucher? Sie ver-

teilt sich auf vier Räume, wobei der erste, der so genannte „Europasaal“, gleichsam einen dichten Überblick zur Gesamthematik bietet: Der Bogen wird gespannt vom Zerfall des Osmanischen Reiches seit dem späten 19. Jahrhundert über den Genozid an den Armeniern 1915/16, den griechisch-türkischen „Bevölkerungsaustausch“ 1922/23 bis zum Zypernkonflikt der Jahre 1963/64 und 1974/75 sowie zu Krieg und Vertreibung im ehemaligen Jugoslawien am Beispiel von Bosnien-Herzegowina. Die Darstellung soll bewusst keine Gewichtung des Leidens der einzelnen Opfergruppen vornehmen, sondern folgt, wie es in Anknüpfung an Ralph Giordano heißt, dem Postulat der „ungeteilten Humanitas“.

Der Schwerpunkt liegt auf Flucht und Vertreibung im Kontext des Zweiten Weltkriegs und seiner Vorgeschichte: Ausführlich behandelt werden die Vertreibung der Juden aus Deutschland ab 1933, die Zwangsumsiedlungen, Vertreibungen und Deportationen von Polen, Ukrainern und im Baltikum 1939 bis 1949 und die Vertreibung der Deutschen aus Ost- und Ostmitteleuropa, der Westkarelier aus den finnischen Ostgebieten sowie der Italiener aus Istrien und Dalmatien während bzw. als Folge des Zweiten Weltkriegs. Gerade bei den beiden letztgenannten Komplexen handelt es sich um zwei besonders wichtige Themenblöcke, sind diese Ereignisse bei einer breiteren deutschen Öffentlichkeit doch weitgehend unbekannt, obgleich die mit der Eingliederung der Vertriebenen und der historisch-politischen Bewertung verbundenen Probleme und Konflikte mit denjenigen in Deutschland durchaus vergleichbar sind bzw. waren. Komplementär zu den genannten Themenfeldern werden ausgewählte Ton- und Filmdokumente präsentiert.

Folgt dieser erste Teil der Ausstellung streng der Chronologie und dem Prinzip der getrennten Darstellung der Opfergruppen, so wird das Vertreibungsgeschehen im zweiten, auf drei Räume verteilten Teil der Ausstellung gleichsam im Querschnitt unter Sachgesichtspunkten abgehandelt (Themenkomple-

---

<sup>3</sup>Siehe dazu die Rezension von Sabine Voßkamp (<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/id=35&type=rezausstellungen>) und die Dokumentation von Pressestimmen ([http://www.zeitgeschichte-online.de/zol/\\_rainbow/documents/pdf/presse\\_ausstellung\\_bonn.pdf](http://www.zeitgeschichte-online.de/zol/_rainbow/documents/pdf/presse_ausstellung_bonn.pdf)).

xe „Heimat“, „Lager“, „Recht und rechtlos“, „Erzwungene Wege“ und „Dialog“). Hier wird die Balance zwischen den zahlreichen Ausstellungsgegenständen und der für deren Verständnis notwendigen Interpretation besser gewahrt als im sehr textlastigen ersten Teil, wo der Ausstellungsbesucher von der Masse des Stoffs doch stark gefordert wird und die (vergleichsweise wenigen) Exponate eine rein illustrative Funktion haben. Eine wichtige Ergänzung stellt in diesem Zusammenhang der leider erst verspätet erschienene Katalog dar, in welchem die Ausstellungstexte sowie zahlreiche Karten und Bilder abgedruckt sind; ebenfalls dokumentiert werden die anlässlich der Ausstellungseröffnung gehaltenen Reden von Erika Steinbach, Bundestagspräsident Norbert Lammert, des ungarischen Schriftstellers György Konrád und des früheren Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Joachim Gauck.

Als Mangel der Ausstellung fällt die deutliche Vernachlässigung der Tschechoslowakei wie überhaupt des gesamten sudetendeutschen Komplexes auf – es ist in diesem Zusammenhang durchaus bezeichnend, dass der Begriff „sudetendeutsch“ kaum verwendet wird. Dem steht die breite Behandlung Polens gegenüber, gerade auch im Hinblick auf die Rolle Polens als Opfer der Vertreibungs- und Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus. Ganz offensichtlich haben die Ausstellungsmacher angesichts knapper Finanzmittel der Stiftung und der Notwendigkeit der thematischen Begrenzung eine Grundsatzentscheidung getroffen, Polen wegen der dortigen Vorbehalte gegenüber dem BdV, die sich seit den Parlaments- und Präsidentenwahlen des Jahres 2005 eher noch vergrößert haben, besonders viel Raum zu geben. Leider vermisst man die in der Bonner Ausstellung breit behandelte Frage der Integration der Vertriebenen wie auch Informationen über Entstehung und Programmatik des BdV; letzteres wäre sicherlich eine Chance gewesen, verbreiteten Vorbehalten entgegenzuwirken, indem man die eigene Verbandsgeschichte kritisch und möglicherweise im europäischen Vergleich dargestellt hätte.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass das „Zentrum“ bzw. der BdV seinen Gegnern verhältnismäßig weit entgegengekommen ist.

Dies zeigt sich gerade an manchen weggelassenen Themen, die für die Vertriebenenverbände wichtig waren bzw. sind. In auffälliger Weise und vielleicht zu sehr bemüht sich die Ausstellung vor allem in ihrem ersten Teil um eine entemotionalisierte Darstellung. So fehlt etwa das für das Selbstverständnis der Vertriebenen als Opfergruppe zentrale Thema „Massaker von Nemmersdorf“ in Ostpreußen (Ende Oktober 1944); ebenso fehlen die Ausschreitungen gegen die sudetendeutsche Bevölkerung von Aussig vom 31. Juli 1945. Der „Brünner Todesmarsch“, der am 30. Mai 1945 begann, wird zwar als Ereignis erwähnt, doch auf den emotional besetzten Begriff wird verzichtet. Generell werden die Vertreibungsverbrechen an Deutschen zwar thematisiert, aber aufwühlende Bilddokumente auffällig vermieden. Das berühmte Internierungslager Lamsdorf in Oberschlesien wird (bezeichnenderweise unter dem Themenkomplex „Dialog“) sehr behutsam abgehandelt. Positiv gewürdigt werden die kirchlichen Versöhnungsinitiativen zwischen Deutschland und Polen in den 1960er-Jahren, die vom BdV damals zum Teil heftig kritisiert worden waren. Bemerkenswert ist auch die durchgängige Zweisprachigkeit der Ortsnamen in der Ausstellung, wobei in zahlreichen Einzelfällen sogar den nichtdeutschen Namen der Vorzug gegeben wird. Wer weiß, wie vehement der BdV stets für die durchgängige Verwendung der deutschen Bezeichnungen gestritten hat, wird dies keineswegs als Belanglosigkeit einstufen.

Zweifellos können prinzipielle Gegner des Projekts „Zentrum gegen Vertreibungen“ in der Ausstellung „Erzwungene Wege“ Ansatzpunkte für Kritik finden. Wie die Pressereaktionen zeigen, ist für manche Kritiker nicht das Thema an sich das eigentliche Skandalon, sondern vielmehr die Tatsache, dass der BdV prominent beteiligt ist. Die Berichterstattung sowohl der deutschen als auch der liberalen polnischen Presse fiel aber überwiegend konstruktiv und gelassen aus.<sup>4</sup> Dem steht die grundsätzlich ablehnende Haltung

---

<sup>4</sup>Für diesen freundlichen Hinweis danke ich Herrn Prof. Dr. Jan M. Piskorski (Uniwersytet Szczeciński/Universität Stettin). Zu den deutschen Reaktionen siehe den Pressespiegel unter [http://www.zeitgeschichte-online.de/portals/\\_rainbow/documents/pdf/presse\\_erzwungene\\_wege.pdf](http://www.zeitgeschichte-online.de/portals/_rainbow/documents/pdf/presse_erzwungene_wege.pdf).

---

der momentanen polnischen Regierung bzw. der dortigen Koalitionsparteien gegenüber, die vor allem darin ihren Ausdruck fand, dass massiver Druck auf polnische Leihgeber ausgeübt wurde, Exponate zurückzuziehen. Vor diesem Hintergrund muss offen bleiben, wie das Projekt einer Dauerausstellung verwirklicht werden wird; letztendlich wird dies in erster Linie eine politische, weniger eine wissenschaftliche Frage sein. Zu hoffen wäre, dass die in den letzten zwei Jahrzehnten kontinuierlich gewachsenen Kontakte zwischen Deutschland und Polen dazu beitragen könnten, den bestehenden Dissens in der Frage eines europäisch ausgerichteten Gedenkens an Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert partnerschaftlich zu überwinden.<sup>5</sup>

Nach Angaben der Veranstalter haben bisher mehr als 50.000 Besucher die Ausstellung gesehen, darunter auch viele Polen und etwa 120 Schulklassen.<sup>6</sup> Teile der Ausstellung sollen in nächster Zeit als Wanderausstellung an wechselnden Orten gezeigt werden. Erika Steinbach geht davon aus, „daß die Bundesregierung alsbald Ort und Konzeption eines ‚sichtbaren Zeichens‘ zur Erinnerung und Dokumentation der Vertreibungen Millionen Deutscher aus ihren früheren Siedlungsgebieten im Osten sowie zu anderen Vertreibungen vorlegen werde“.<sup>7</sup> Diese Formulierung könnte ein Hinweis darauf sein, dass der BdV bzw. die Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ von früheren Maximalpositionen abrücken und bereit sind, das Konzept der Ausstellung „Erzwungene Wege“ als einen Diskussionsbeitrag unter mehreren in ein multiperspektivisches Gesamtprojekt einzubringen.

Matthias Stickler über Klotz, Katharina; Doris Müller-Toovey; Wilfried Rogasch: *Erzwungene Wege. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts*, hg. vom Zentrum gegen Vertreibungen. o.O. 10.08.2006–29.10.2006, in: H-Soz-Kult 27.10.2006.

---

<sup>5</sup>Vgl. hierzu Piskorski, Jan M., Gemeinsames in einer leidvollen Geschichte. Chancen zur Überwindung deutsch-polnischer Differenzen, in: Neue Zürcher Zeitung, 7.9.2006, S. 5.

<sup>6</sup>Vgl. Glocke der „Gustloff“ wieder in Polen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.10.2006, S. 4.

<sup>7</sup>Ebd.